

Es zählt das gesprochene Wort

Die Verabschiedung eines Haushalts hat sehr viel mit Vertrauen zu tun. Ich behaupte, keiner von uns Stadträten und Stadträtinnen durchschaut diesen Haushalt wirklich zu 100 %. Ich jedenfalls nicht.

Wie sollte das auch gehen, keiner von uns ist Kämmerer oder Wirtschaftsprüfer. Manche Zahlen und Ansätze sind für uns gar nicht nachprüfbar. Deshalb ist es wichtig, dass man zu den agierenden Personen Vertrauen hat. Und diese Personen das, was wir heute beschließen sollen, auch verständlich und nachvollziehbar präsentieren.

Mit dem heutigen Beschluss übernehmen wir Stadträte und Stadträtinnen die Verantwortung für die Haushaltssatzung samt Haushaltsplan, Stellenplan und Finanzplan. Der Kämmerer kann und wird dann im Zweifelsfall sagen: „der Stadtrat hat es beschlossen!“

Im letzten Jahr hat die Fraktion der ÖDP dem Haushalt zugestimmt. „Bitte, meine Damen und Herren, werten Sie unsere Zustimmung als Vertrauensvorschuss für unseren neuen Kämmerer und sein Team“ waren damals unsere Worte an dieser Stelle.

Und dieses Jahr? Die Entstehungsgeschichte des Haushalts war und ist abenteuerlich.

Im Dezember 2021 präsentierte uns H. Füßle einen ersten Entwurf. Dieser Haushaltsentwurf war bei weitem nicht ausgeglichen. Er wies ein Defizit von 3,8 Mio. Euro aus.

Gestiegenen Kosten beim Personal und beim sächlichen Aufwand wurden stagnierende, ja sogar sinkenden Einnahmen, wie z. B. bei der Gewerbesteuer entgegengestellt. Insbesondere die Entwicklung der Gewerbesteuer sei schwer abzuschätzen, wurde uns gesagt. Der Krieg in der Ukraine mit seinen Auswirkungen auf unsere Wirtschaft war damals noch weit weg.

Anfang März 2022 hat H. Füßle die Sitzung des Finanz- und Hauptausschusses mit den folgenden, wenig ermunternden Worten begonnen: „...war der Haushaltsplan 2021 bereits charakterisiert durch eine dramatische Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr 2020, so hat sich dies im Haushaltsplanentwurf 2022 sogar noch verschlimmert.... Eine Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde wird als kritisch eingestuft.“

In dieser Sitzung wurden einige Maßnahmen vorgestellt und beschlossen, die helfen, den Haushalt auszugleichen:

Die Einnahmen bei der Gewerbesteuer wurden höher veranschlagt. Mit 36,5 Mio. Euro statt 32,5 Mio., um 4 Mio. höher als im Vorjahr.

Der Ansatz für die Personalkosten wurden gesenkt. Manche Stellen können z. B. erst später besetzt werden, da der Haushalt und damit der Stellenplan in diesem Jahr sehr spät verabschiedet werden.

Die notwendigen Ausgleichzahlungen für das Klinikum wurden niedriger angesetzt. Aufgrund der guten Wirtschaftslage des Klinikums im letzten Jahr ist dies auch möglich.

Wir greifen in unseren Sparstrumpf. H. Füßle warnte aber: „eine höhere Entnahme aus den Rücklagen, als die bisher mit 3 Mio Euro eingeplante ist womöglich denkbar, sollte aber tunlichst vermieden werden, da zukünftige Investitionen zwingend Eigenmittel voraussetzen, um eine Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde für Kreditaufnahmen zu erhalten.“

Wir erhöhen die Grundsteuer.

Mit diesen und einigen anderen Maßnahmen ist es gelungen den Haushalt auszugleichen und eine minimale Zuführung zum Vermögenshaushalt auszuweisen. Prima. Aber es bleibt ein schlechtes Gefühl zurück.

Sind die geplanten Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer wirklich realistisch? 4 Mio. Euro Steigerung entsprechen einem Wachstum der Memminger Wirtschaft in diesem Jahr von über 12 %. Die Wachstumsprognose für Deutschland beträgt aktuell 1,8 %. Bei der Vorstellung dieses Haushalts im Finanzausschuss Anfang April habe ich um eine detaillierte Begründung für diesen Ansatz gebeten. Die Kämmerei war in dieser Sitzung nicht vertreten und in den Unterlagen für die heutige Sitzung kann ich auch nichts finden. Anfang März wurden die Mehreinnahmen mit dem folgenden, doch recht unverbindlichen Satz begründet: „bei vorsichtiger, optimistischer Einschätzung und bei der Annahme, dass die Pandemie allmählich in eine Endemie übergeht sowie die Impfquote sich in der Bevölkerung noch weiter erhöht, kann ein Betrag von 36,5 Mio. angenommen werden.“ Hier stellt sich die Frage, ob diese Annahme gerade im Hinblick auf die Folgen des Krieges in der Ukraine, einer spürbaren Inflation und katastrophalen Materialengpässen realistisch sein kann. Kann man Vertrauen in diese Erhöhung setzen?

Wir erhöhen die Grundsteuer. In der Regel wird diese Steuer auf die Miete umgelegt. Und damit vom kleinen Mann bezahlt. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer wurde nicht vorgeschlagen. Dadurch wären die Kosten gerechter auf alle Schultern verteilt worden. Ist diese Maßnahme vertrauensbildend?

Wir entnehmen jetzt aus den Rücklagen statt ursprünglich 3 Mio Euro über 8 Mio. Obwohl uns H. Fülle im März ausdrücklich vor einer Entnahme von mehr als 3 Mio gewarnt hat, um zukünftige Investitionen nicht zu gefährden. Auch zu diesem Punkt habe ich im Finanzausschuss Anfang April um Aufklärung gebeten, aber nicht bekommen. So schafft man kein Vertrauen.

Wir haben auch das eigentliche Problem unserer Haushaltsschiefelage erkannt. Die Steigerungen bei den Personalkosten und beim sächlichen Aufwand steigen überproportional. Wie uns versichert wurde, ist es das Ziel unserer Stadtverwaltung diese Entwicklung in den Griff zu bekommen. Im letzten Personalausschuss waren die Kosten ein zentrales Thema. Im Finanzplan finden wir für die Personalkosten 2023 denselben Ansatz wie für 2022. Wie kann dieses Ziel erreicht werden? Eine Kommission soll gegründet werden. Die Frage nach einem verbindlichen Zeitplan – wohlgemerkt nur nach einem Zeitplan, nicht nach Ergebnissen – bleibt unbeantwortet. Dieser Zeitplan, mit der Festlegung bis wann mit einem Ergebnis zu rechnen ist, wäre für uns ein wichtiger Bestandteil des heutigen Beschlusses, um noch einmal einen Vertrauensvorschuss gewähren zu können.

Fazit

Leider, wir würden es uns anders wünschen, haben wir dieses Jahr nicht genügend Vertrauen in diesen Haushalt, um die Verantwortung dafür übernehmen zu können. Wir werden ihn daher ablehnen.